

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Kinder,  
Jugendliche und Familien  
am Montag, dem 04.03.2024, im Großen Ausschusszimmer des  
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 15:00 Uhr  
Ende: 17:00 Uhr**

			Seite
.	<b><u>I. Öffentlicher Teil</u></b>		
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner		7
2.	Bericht der Verwaltung		8
3.	Kindergartenbedarfsplanung 2024/2025	<b>035/2024</b>	9
4.	Flexibilisierung der Betreuungszeiten nach § 48 Kibiz	<b>036/2024</b>	10
5.	Gewährung eines Zuschusses zur Schaffung von vorübergehenden Betreuungsplätzen im Gebäude Wischhausstraße 11 in Ostbevern	<b>037/2024</b>	11
6.	Kinder- und Jugendförderplan: Zielvereinbarung im Hinblick auf Änderung des Kinder- und Jugendförderplans	<b>038/2024</b>	12
7.	Jahresbericht Jugendhilfe des Amtes für Jugend und Bildung	<b>039/2024</b>	13

. **II. Nichtöffentlicher Teil**

1. Bericht der Verwaltung
2. Änderung der Verträge mit dem Deutschen Kinderschutzbund im Kreis Warendorf e.V. und der Diakonie Ruhr-Hellweg e.V. über die Übernahme von Vormundschaften und Pflegschaften **041/2024**
3. Anpassung des Vertrages mit dem Deutschen Kinderschutzbund im Kreis Warendorf e.V. über die Gewinnung, Schulung und Begleitung ehrenamtlicher Vormünder/Pfleger im Kreis Warendorf **042/2024**

**Anlagen**

Anlage 1 Präsentation Kindergartenbedarfsplanung 2024/2025

**Anwesend:****Ausschussmitglieder**

Aydemir, Ergül  
Blex, Klaus, Dr.  
Bothe, Sandra  
Brockmann, Dagmar  
Budde, Reinhard  
Claßen, Anne  
Gerkmann, Miriam  
Gerwing, Theresia  
Grap, Valeska  
Irzik, Christoph  
Kraft, Herbert  
Luster-Haggeney, Rudolf  
Nienkemper, Dorothea  
Ostermann, Norbert  
Pinnekamp, Ursula  
Schmedding, Dirk  
Schmit, Saskia  
Strecker, Rita  
Stricker, Guido  
Strübbe, Robert  
Vöcking, Knud

**von der Verwaltung**

Arizzi Rusche, Anna, Dr.  
Bögge, Daniel  
Darpe, Susanne  
Droste, Linda  
Frölich, Anke, Amtsleiterin  
Greßmeyer, Marina  
Peters, Frank

**Es fehlten entschuldigt:****Ausschussmitglieder**

Brinkmann, Sandra

Kluck, Judith Dr.

Sachtleber, Heiko

Schaffland, Nicole

Stricker, Guido

## I. Öffentlicher Teil

**Frau Grap** begrüßt die Anwesenden und eröffnet um 15:00 Uhr die Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien. Sie stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Für die Sitzung haben sich **Frau Brinkmann, Frau Dr. Kluck, Herr Sachtleber, Frau Schaffland** und **Herr Stricker** abgemeldet.

Es fehlte weiterhin **Herr Horstmeyer**.

**Frau Grap** verpflichtet **Frau Schmidt** und **Frau Gerkmann**, die als beratende Mitglieder an dem Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien teilnehmen werden.

<b>1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner</b>
--

Es bestehen keine Fragen seitens der Einwohnerinnen und Einwohner.

## 2. Bericht der Verwaltung

**Frau Wichtrup** stellt sich als neue Jugendhilfeplanerin des Amtes für Jugend und Bildung vor.

**Frau Greßmeyer** stellt sich als neue Leitung des Sachgebiets Wirtschaftliche Hilfen / UVG / Controlling des Amtes für Jugend und Bildung vor.

**Frau Frölich** berichtet, dass die Planungen für den Revolution Train aktuell weitergeführt werden: Die Vertragsunterzeichnung ist erfolgt. Mit dem Anbieter besteht ein stetiger Austausch. Insgesamt wurden 29 Schulen wegen einer Teilnahme angefragt. Bislang haben 25 Schulen ihr Interesse bekundet. Die Anzahl der interessierten Klassen übersteigt bereits jetzt die maximale Kapazität. Zusätzlich zum Revolution Train sind weitere Aktivitäten geplant. Ein gemeinsamer Informationsstand der Sucht- und Drogenberatung soll eingerichtet und darüber hinaus weitere Programme zur Jugendarbeit bereitgestellt werden, um die Bedeutung dieser als Schutzfaktor zu betonen und alternative Möglichkeiten zum Konsum von Rauschmitteln aufzuzeigen. Angefragt sind hierfür Jugendorganisationen der Rettungsdienste und Hilfsorganisationen im Kreis, Jugendzentren und einzelne Träger der Jugendarbeit. Gegenwärtig läuft die Akquise der Multiplikatoren, die Personal- und Einsatzplanung, Vorbereitung der Planungsgespräche mit den Schulen sowie die Planung des Schülertransportes und Vorbereitung der Werbemittel sowie des Buchungssystems. Die Stadt Ennigerloh ist in diese Planungen eingebunden. Die Finanzierung des Zuges ist durch Drittmittelzufluss durch die DAK und die Sparkasse möglich. Maßnahmen im Umfeld des Zuges können durch vorhandene Haushaltsmittel aus dem Produkt 060110 getragen werden.

Darüber hinaus berichtet **Frau Frölich** über die Jugendschutzkontrollen an den Karnevalstagen. Die Jugendschutzkontrollen gemeinsam mit Rettungsdiensten, Ordnungsamt und Polizei sind eine wichtige Möglichkeit, mit jungen Menschen und ihren Eltern über den Jugendschutz ins Gespräch zu kommen und bei Bedarf konkrete Tipps und Angebote anbieten zu können. Grundsätzlich gilt es, deutlich zu machen, dass die Behörden in gemeinsamer Verantwortung auf die Einhaltung des Jugendschutzgesetzes hinwirken und dies auch in Präsenz zeigen. Die Jugendschutzkontrollen an den Karnevalstagen 2024 haben gezeigt, dass in der Regel verantwortungsbewusst mit Alkohol umgegangen wird und auch die Eltern und Erwachsenen mit gutem Beispiel vorangehen. Im Vergleich zu den Jahren vor der Corona Pandemie ist die Situation bezüglich der Anzahl der in den Jugendschutzstellen aufgenommenen jungen Menschen rückläufig. Insgesamt wurden Gespräche mit zehn jungen Menschen geführt. Alle konnten von ihren Eltern abgeholt und nach Hause gebracht werden. Eine Krankenhauseinweisung erfolgte nicht. Das Altersspektrum der jungen Menschen, die durch Rettungsdienste, Ordnungsamt oder Polizei zu den Jugendschutzstellen gebracht wurden, lag zwischen 14-17 Jahren. Die jungen Menschen zeigten sich durchweg einsichtig; auch mit den betroffenen Eltern konnten gute Gespräche geführt werden. Im Nachgang zur Jugendschutzkontrolle können bei Bedarf und in Abstimmung mit den Eltern auch noch konkrete Beratungsgespräche erfolgen. Wie schon in den vergangenen Jahren war die Zusammenarbeit von Rettungsdiensten, Ordnungsamt, Polizei und Amt für Jugend und Bildung sehr gut.



**3. Kindergartenbedarfsplanung 2024/2025****035/2024**

**Frau Darpe** und **Herr Peters** stellen anhand der beigefügten PowerPoint-Präsentation (Anlage 1) die Kindergartenbedarfsplanung 2024/2025 vor.

**Herr Luster-Haggeney** freut sich über die Rückmeldung, dass allen Familien ein bedarfsgerechtes Angebot gemacht werden kann und dankt allen Beteiligten für die Umsetzung.

**Frau Grap** verliert den Beschlussvorschlag, da keine weiteren Nachfragen bestehen.

**Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien beschließt die im Rahmen der Kindergartenbedarfsplanung für das Kindergartenjahr 2024/2025 festgelegten Gruppenformen und die sich daraus ergebenden Kindpauschalen gemäß § 33 KiBiz (Einrichtungsbudget) für die Tageseinrichtungen sowie die Anzahl der erforderlichen Integrationsplätze im Zuständigkeitsbereich des Amtes für Jugend und Bildung.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen  
Ja 14

**4. Flexibilisierung der Betreuungszeiten nach § 48 Kibiz****036/2024**

**Frau Darpe** stellt die Flexibilisierung der Betreuungszeiten nach § 48 Kibiz vor.

**Frau Gerkmann** erkundigt sich, ob die Flexibilisierung der Betreuungszeiten nach § 48 Kibiz Auswirkungen auf die Elternbeiträge hat.

**Frau Darpe** versichert, dass dieses Angebot elternbeitragsfrei sein wird. In der nächsten Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien wird die konkrete Förderung der jeweiligen Kindertageseinrichtungen, die einen Antrag auf Förderung gestellt haben, zur Beschlussfassung vorgelegt.

Da keine weiteren Nachfragen bestehen, verliert **Frau Grap** den Beschlussvorschlag.

**Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien beschließt folgende Förderkriterien im Rahmen des § 48 Abs. 1 KiBiz (Flexibilisierung der Betreuungszeiten) ab dem Kindergartenjahr 2024/2025:

1. Förderung von Kindertageseinrichtungen mit mehr als 45 Öffnungsstunden bis maximal 50 Öffnungsstunden pro Woche mit 60 € pro Stunde pro Woche (Förderung von maximal fünf zusätzlichen Stunden)
2. Pauschale Förderung von Kindertageseinrichtungen, die 35 Stunden flexibel anbieten und bei einem gebuchten Betreuungsumfang von 25 oder 35 Wochenstunden drei zusätzliche Stunden Betreuung pro Woche für unregelmäßige Bedarfe anbieten.
3. Förderung ergänzender Kindertagespflege gemäß § 23 Abs. 1 KiBiz

Die Verwaltung wird beauftragt, die Auswirkungen der Änderungen der Förderkriterien zu evaluieren und die Ergebnisse in einer der Sitzungen des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien vor Beginn des Kindergartenjahres 2025/2026 vorzustellen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen  
Ja 12 (5x CDU, 3x SPD, 2 x B90/Grüne, 1x FDP, 1x FWG)  
Befangen 2 (1x CDU, 1x B90/Grüne)

5.	<b>Gewährung eines Zuschusses zur Schaffung von vorübergehenden Betreuungsplätzen im Gebäude Wischhausstraße 11 in Ostbevern</b>	<b>037/2024</b>
----	--	-----------------

Da seitens der Mitglieder keine Nachfragen zu dem Tagesordnungspunkt bestehen, verliert **Frau Grap** den Beschlussvorschlag.

**Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien beschließt die Zahlung eines einmaligen Zuschusses von 8.907,87 € an die Gemeinde Ostbevern im Zusammenhang mit der Schaffung von vorübergehenden Betreuungsplätzen im Gebäude Wischhausstraße 11 in Ostbevern.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen  
Ja 14

<b>6.</b>	<b>Kinder- und Jugendförderplan: Zielvereinbarung im Hinblick auf Änderung des Kinder- und Jugendförderplans</b>	<b>038/2024</b>
-----------	--	-----------------

**Herr Bögge** gibt einen Sachstandsbericht zur Zielvereinbarung im Hinblick auf Änderungen des Kinder- und Jugendförderplans.

**Herr Schmedding** fragt, ob es bereits einen konkreten Plan für die Evaluation gibt.

**Herr Bögge** erklärt, dass es diesen aktuell noch nicht gibt, da die Zustimmung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien benötigt werde, um in die weitere Planung einzusteigen.

Da seitens der Mitglieder keine weiteren Nachfragen zu dem Tagesordnungspunkt bestehen, verliert **Frau Grap** den Beschlussvorschlag.

**Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien beauftragt die Verwaltung, eine Auswertung zur Nutzung des Kinder- und Jugendförderplanes zu erstellen und Vorschläge zur Verwaltungsvereinfachung vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen  
Ja 14

7.	<b>Jahresbericht Jugendhilfe des Amtes für Jugend und Bildung</b>	<b>039/2024</b>
----	---	-----------------

**Frau Frölich** stellt Auszüge aus dem Jahresbericht der Jugendhilfe des Amtes für Jugend und Bildung des Jahres 2023 vor. Sie gibt dabei einen Sachstand zur Umsetzung des Landeskinderschutzgesetzes, zum Thema Willkommensbesuche und zum Thema Kindeswohlgefährdungen. Darüber hinaus wird zur Warendorfer Praxis berichtet.

**Frau Brockmann** zählt verschiedene Vereine und Einrichtungen aus ihrem Wohnort Everswinkel auf und berichtet, dass die Einrichtungen unterschiedlich mit der Entwicklung von Schutzkonzepten umgehen; vor allem die Kindergärten seien bereits gut in der Erstellung solcher Konzepte aufgestellt. Sportvereine, die Feuerwehr und Schützenvereine täten sich hingegen schwer. Sie erkundigt sich, ob es eine Unterstützung zur Erstellung von Schutzkonzepten seitens des Amtes für Jugend und Bildung gibt.

**Frau Frölich** teilt mit, dass es zum Beispiel das Angebot einer Schreibwerkstatt gibt. Diese bietet Vereinen und Einrichtungen eine professionelle Unterstützung bei der Erstellung eines Schutzkonzeptes. Vereine und Verbände werden über sozialräumliche Angebote des Amtes für Jugend und Bildung zum Thema Schutzkonzepte erreicht und erhalten durch das Amt Beratung.

**Frau Brockmann** zeigt sich erschrocken über die gestiegenen Fallzahlen der Kindeswohlgefährdung; führt dies aber auf die Sensibilisierung zu diesem Thema zurück. Sie fragt, ob man den steigenden Fallzahlen durch Prävention vorbeugen kann und macht deutlich, dass sie dies als Ziel sieht.

**Frau Frölich** legt dar, dass sie Prävention als sehr wichtig ansieht. Sie betont die Notwendigkeit, in diesem Bereich in Angebote aber auch in die Sensibilisierung zu investieren. Dies soll sowohl aufsuchend als auch in Form von außerschulischen Angeboten geschehen, die über Vereine und Einrichtungen strukturiert durchgeführt werden. Wichtig ist es, als Amt für Jugend und Bildung Präsenz zu zeigen. Dies geschieht bereits bei Willkommensbesuchen und dient der Sensibilisierung und Aufklärung der Eltern. Viele Eltern sind sich über all diese Angebote nicht bewusst, die das Amt für Jugend und Bildung anbietet. Prävention und Frühe Hilfen sind hier von großer Bedeutung. Es gibt viele Fragen und einen großen Informationsbedarf; jedoch kann Prävention allein die Kindeswohlgefährdung nicht vollständig verhindern.

**Frau Bothe** erkundigt sich bezüglich des § 9 Absatz 3 Landeskinderschutzgesetzes NRW, das anonymisierte Fallkonferenzen mit der Polizei vorsieht. Inwiefern ist die Polizei im Kreis Warendorf involviert? Gibt es Datenschutzrichtlinien zu beachten?

**Frau Frölich** erläutert, dass die Diskrepanz im Datenschutz liegt. Als Amt für Jugend und Bildung werden anonymisierte Fallkonferenzen durchgeführt, jedoch ohne eine Vernetzung bis zur Polizei, da die Kooperationsvereinbarung dieses Thema nicht abdecke. Es bestehe die Gefahr, dass eine gegenseitige Behinderung auftrete.

**Frau Bothe** weist darauf hin, dass das Land Niedersachsen eine sehr gute Broschüre zum Thema anonymisierte Fallkonferenzen erstellt hat.

**Frau Frölich** verdeutlicht, dass die Hinweise in dieser Broschüre nicht eins zu eins übertragen werden können, da das Land Niedersachsen nicht über ein Landeskinderschutzgesetz wie NRW verfüge. Jedoch ist es wichtig, dass fachübergreifend die Möglichkeit besteht, rückwirkend auf Kinderschutzfälle zu blicken und daraus zu lernen. Die in den Fallkonferenzen 2024 gewonnenen Erkenntnisse werden in die Fallkonferenzen 2025 einfließen. Der Kreis der Beteiligten wird entsprechend des gesetzlich erteilten Auftrags erweitert.

**Herr Schmedding** erkundigt sich, warum die Zahlen der Inobhutnahmen gesunken sind, und fragt, ob es eine Änderung der Qualität der Inobhutnahmen gegeben hat.

**Frau Frölich** erklärt, dass es keine Änderung in der Qualität der Inobhutnahmen gab und führt aus, dass Eltern eher bereit sind, kurzfristig Hilfe zur Erziehung in Anspruch zu nehmen. Immer wenn eine tragfähige Lösung entwickelt werden kann, um eine Inobhutnahme zu vermeiden, wird diese bevorzugt. Eltern zeigen sich kooperativer. Die sinkende Zahl der Inobhutnahmen liegt somit nicht an fehlenden Kapazitäten, sondern an der erhöhten Kooperationsbereitschaft.

**Herr Luster-Haggeney** erkundigt sich, ob alle Familien, die eine Hebamme haben möchten, auch die Möglichkeit haben, eine Hebamme zu finden, oder ob damit die Sicherstellung über das Café Kinderwagen gemeint ist.

**Frau Frölich** führt aus, dass Rückfragen durch das Amt für Jugend und Bildung im Rahmen der Willkommensbesuche bei Eltern ergeben haben, dass Familien in der Regel Hebammen finden konnten. Hier sei keine Versorgungsnot bekannt geworden. Eltern nutzen das Café Kinderwagen, in denen auch Hebammen tätig sind, sehr gern für kurze Rückfragen oder um einfache Anliegen zu klären. Das Angebot wird an allen Standorten sehr gut und durchgehend in Anspruch genommen.

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt Frau Grap um 17:00 Uhr die Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien.

Valeska Grap  
Vorsitz

Dr. Anna Arizzi Rusche  
Schriftführer